



# HESSISCHER LANDTAG

09. 03. 2021

Plenum

## Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Gute Sicherheitskennzahlen durch zielgerichtete Investitionen und klare Prioritäten in der Sicherheitspolitik in Pandemiezeiten**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstreicht, dass ein Leben in Sicherheit und Freiheit gerade in der seit März 2020 herrschenden Corona-Pandemie, vor dem Hintergrund des feigen Mordes an Dr. Walter Lübcke sowie des rassistischen Attentats in Hanau und der Amokfahrt in Volkmarzen mehr denn je ein Grundbedürfnis aller Bürgerinnen und Bürger ist und deshalb in Hessen weiterhin oberste Priorität haben muss. Das Vertrauen der Menschen in den Staat und seine Institutionen hängt in hohem Maße davon ab, ob sich die Menschen sicher fühlen. Hessen ist weiterhin eines der sichersten Bundesländer. Der Landtag unterstreicht, dass dieser Befund nicht zuletzt das Verdienst unserer Sicherheitsbehörden ist, die in einem herausfordernden Jahr herausragende Arbeit geleistet haben, und er bedankt sich bei allen Beamtinnen und Beamten für ihren Einsatz und ihre Arbeit. Unsere Sicherheitsbehörden treten für die Rechte aller Bürgerinnen und Bürger ein und verteidigen so unsere freiheitliche und offene Gesellschaft. Um diese Aufgaben wahrnehmen zu können, wurden die hessischen Sicherheitsbehörden in den vergangenen Jahren in vielerlei Hinsicht gestärkt.
2. Der Landtag unterstreicht die bereichsspezifische Schwerpunktsetzung der hessischen Sicherheitspolitik. Die kontinuierlichen Investitionen in die hessischen Sicherheitsbehörden in materieller, sachlicher und personeller Hinsicht spiegeln sich erneut in den objektiven Sicherheitskennzahlen aus dem Jahr 2020 wider. Die Kriminalitätsbelastung in Hessen ist im vierten Jahr in Folge deutlich gesunken. Mit 342.423 Straftaten wurden im letzten Jahr 22.410 Fälle weniger gezählt als im Vorjahr. Dieser Rückgang um 6,1 % ist der niedrigste Wert seit 1980. Ebenfalls zurückgegangen ist die Kriminalitätsbelastung mit 5.446 Straftaten pro 100.000 Einwohner, die im Vorjahr noch bei 5.823 lag. Somit ist die statistisch gesehene Gefahr, in Hessen Opfer von Kriminalität zu werden, auf einem historischen Tiefstand.
3. Im Jahr 2020 konnten insgesamt 65,5 % der Straftaten aufgeklärt werden. Das ist eine weitere Steigerung gegenüber dem Vorjahr und der beste Wert seit Einführung der Polizeilichen Kriminalstatistik im Jahr 1971. Der Landtag hat deshalb allen Grund, stolz auf die engagierte und erfolgreiche Arbeit der Polizistinnen und Polizisten zu sein. Besondere Erfolge sind erneut bei der Bekämpfung von Wohnungseinbruchdiebstählen zu verzeichnen. So erfasste die Polizei im vergangenen Jahr 5.165 Fälle und damit 23,7 % weniger Fälle als noch im Vorjahr, in dem es noch 6.768 Fälle waren. Dieser Rückgang ist teilweise auf die coronabedingt veränderten Verhaltensweisen der Bürger zurückzuführen, welche zwangsläufig mehr Zeit in den eigenen vier Wänden verbringen mussten. Gleichzeitig setzt der Rückgang der Wohnungseinbrüche den positiven Trend der Vorjahre fort. Diese erfreuliche Entwicklung ist nicht zuletzt auf eine situationsangemessene, vorausschauende Polizeiarbeit zurückzuführen, die maßgeblich auf der Anwendung der selbst entwickelten und seit dem Jahr 2016 eingesetzten Prognose-Software KLB-operativ beruht. Damit gehört Hessen zu den Vorreitern bei der Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls.
4. Der Landtag stellt fest, dass die Corona-Pandemie nur geringe Auswirkungen auf die polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2020 hatte. Durch die pandemiebedingten Einschränkungen im letzten Jahr kam es zu Aufgabenverschiebungen für die hessische Polizei. So gab es 2020 für die Polizei weniger Einsätze bei Großveranstaltungen. Jedoch unterstützte die

Polizei die zuständigen Gesundheits- und Ordnungsämter bei Maßnahmen zur Einhaltung der Corona-Verordnungen und war bei Demonstrationen und anderen Sondereinsatzlagen in Hessen verstärkt gefordert. Seit Beginn der Pandemie wurden ca. 19.753 Verstöße gegen Corona-Maßnahmen von der Polizei registriert. Der Landtag begrüßt besonders, dass die hessische Polizei im Zusammenhang mit Corona-Verstößen mit Augenmaß und Fingerspitzengefühl vorgeht.

5. Die Hessischen Sicherheitsbehörden begegnen den zunehmenden Fallzahlen im Bereich der Internetkriminalität mit Fachkommissariaten in allen Polizeipräsidien, einem eigenen Studienschwerpunkt für Cyberkriminalistik und mit Hessen3C. Dort arbeiten Cybersicherheitspezialisten aus dem Computer Emergency Response Team (CERT) des Landes, der Hessischen Polizei und des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen (Bereich digitaler Wirtschaftsschutz) zusammen, um zentral und organisationsübergreifend Expertise und Beratung im Bereich Cybersicherheit bereitzustellen. Auch die kommunale Sicherheit und die Stärkung nicht nur der objektiven Sicherheit, sondern auch des subjektiven Sicherheitsgefühls über unser KOMPASS-Projekt sind ein wichtiger Baustein unserer Sicherheitspolitik. Mittlerweile nehmen rund 90 hessische Kommunen an dem Landesprogramm teil, rund weitere 40 Kommunen haben sich beworben bzw. sind an einer Teilnahme und der damit einhergehenden noch engeren Zusammenarbeit mit der hessischen Polizei interessiert.
6. Der Landtag ist besorgt über die Zunahme der häuslichen Gewaltdelikte im Jahr 2020, die insbesondere gegen Frauen verübt wurden. Im letzten Jahr ist die Anzahl der Fälle häuslicher Gewalt auf insgesamt 10.013 Fälle angestiegen, was eine Zunahme um 7,7 % im Vergleich zum Vorjahr darstellt und u.a. auf ein verändertes Anzeigeverhalten der Betroffenen zurückzuführen ist. Häufig werden diese Straftaten aus Scham und wegen finanzieller Abhängigkeit der Betroffenen nicht angezeigt. Deshalb setzt die hessische Polizei verstärkt auf präventive Maßnahmen, um Betroffene zu unterstützen und weitere Taten zu verhindern. Auch den Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Minderjährigen und Kinderpornografie führen wir konsequent und mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. In der neugeschaffenen Sondereinheit BAO FOKUS werden die Ermittlungen gebündelt. Über 130 Ermittler arbeiten hier daran, diese besonders verwerflichen Taten zu verfolgen und künftige Straftaten möglichst zu verhindern.
7. Der Landtag stellt fest, dass die hessische Polizei der Zunahme politisch motivierter Kriminalität durch gezielte Maßnahmen und im Bereich der rechtsmotivierten Straftaten durch eine Besondere Aufbauorganisation (BAO Hessen R) entschlossen entgegentritt. Extremismus, Hass und Hetze in Hessen werden mit konsequentem Handeln und umfangreichen operativen Maßnahmen der Sicherheitsbehörden mit Nachdruck bekämpft. Durch die Einrichtung der Meldestelle „HessenGegenHetze.de“ im Januar 2020 hat die Landesregierung eine weitere niederschwellige Möglichkeit geschaffen, Beleidigungen und Hetze im Internet den Strafverfolgungsbehörden zu melden. Allein im Jahr 2020 gingen dort 2.250 Meldungen ein, von denen rund 650 als strafbar eingestuft und zur weiteren Verfolgung der Staatsanwaltschaft übermittelt wurden. Überdies investiert das Land in ein breit gefächertes und vielseitiges Präventionsangebot. Insgesamt standen für Extremismusprävention im Jahr 2020 rund 10 Mio. Euro zur Verfügung. Mit diesem Geld wurden u.a. bewährte Maßnahmen zur Prävention und Intervention – wie sie z.B. durch das „Beratungsnetzwerk Hessen“ und das Demokratiezentrum sowie derzeit etwa 30 hessische „Partnerschaften für Demokratie“ durchgeführt werden – erfolgreich ausgebaut.
8. Der Landtag stellt fest, dass die Zahl der Übergriffe auf Polizeibeamte erneut angestiegen ist. Im Jahr 2020 wurden 4.104 Übergriffe auf Polizisten erfasst. Dieser negative Trend darf nicht länger hingenommen werden. Deshalb hat das Land Hessen im vergangenen Jahr weitere 400 Body-Cams für die Polizei beschafft, sodass aktuell ca. 700 Body-Cams zur Verfügung stehen. Sie wirken nicht nur deeskalierend, sondern dienen auch als objektives Beweismittel für mögliche Strafverfahren. Perspektivisch soll in Hessen jede Streife über eine moderne Körperkamera verfügen.
9. Der Landtag stellt fest, dass auch die materielle und technische Ausstattung kontinuierlich verbessert wird. Neben hohen Investitionen in Schutzausrüstungen für die Beamtinnen und Beamten wird beispielsweise mit der Body-Cam, mit Distanz-Elektroimpulsgeräten (sog. Tasern) sowie einem neuen Messenger-Dienst modernste technische Ausstattung bereitgestellt. Die hessische Polizei sensibilisiert die Bürgerinnen und Bürger zudem seit Aufkommen neuer Betrugsmethoden im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie über die kostenlose App hessenWARN und soziale Medien. Hierdurch soll die Bevölkerung sensibilisiert werden, um – beispielsweise im Fall eines versuchten Betrugs durch Schadsoftware, durch E-Mails bzw. Fake-Shops für Schutzmasken und Desinfektionsmittel im Internet – auf aktuelle Bedrohungslagen richtig reagieren zu können.

10. Die hessische Polizei ist Sicherheitsgarant unserer pluralistischen Gesellschaft. Zugleich ist sie Teil dieser Gesellschaft und sollte als solcher in und mit ihr wirken und wahrgenommen werden. Sicherheit braucht Vertrauen in jene, die für unsere Sicherheit sorgen. Fehlverhalten Einzelner oder einzelner Gruppen in der Polizei wird deshalb in jedem Einzelfall nachgegangen und konsequent geahndet. Im Kontext einer offenen Fehlerkultur werden Einsätze ausgewertet und Verbesserungen auf den Weg gebracht werden. Ungesetzliches Handeln oder rechtsextremes Denken haben in unserer Polizei keinen Platz. Auch aus diesem Grund hat die Landesregierung im vergangenen Sommer ein Maßnahmenpaket und eine Expertenkommission auf den Weg gebracht, um auf solche Vorkommnisse zu reagieren, was der Hessische Landtag vollumfänglich begrüßt. Die berufenen Expertinnen und Experten werden bereits ergriffene Maßnahmen gegen Fehlverhalten innerhalb der hessischen Polizei evaluieren und Empfehlungen für deren mögliche Weiterentwicklung aussprechen. Darüber hinaus setzt sich die Kommission das Ziel, Empfehlungen für die Implementierung eines neuen Leitbildes der hessischen Polizei zu erarbeiten. Diese Ergebnisse der Expertenkommission werden zu einer weiteren Verbesserung der Polizeiarbeit genutzt werden.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 9. März 2021

Für die Fraktion  
der CDU  
Die Fraktionsvorsitzende:  
**Ines Claus**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Mathias Wagner (Taunus)**